



Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

6. Sitzung (öffentlich)

8. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Vorsitz: Britta Altenkamp-Nowicki (SPD)

Stenograf: Heinz-Uwe Müller (als Gast), Michael Endres (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzesentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Vorlagen 13/302 und 13/303

Einzelplan 15 – Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

Nach erfolgter Einzelabstimmung zu den vorgelegten Anträgen
- siehe Drucksache 13/815 - nimmt der Ausschuss den ihn
berührenden Teil des Entwurfs des Einzelplans 15 mit den zu-
vor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen
von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Frak-
tionen von CDU und FDP an.

**2 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik – Gender Mainstreaming gezielt
und konsequent umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

1

Der Ausschuss will vor Beratung des Themas zunächst den Bericht des Ministeriums abwarten. Diesbezügliche Wünsche an das Ministerium sollten über den Ausschussassistenten weitergeleitet werden.

**3 Einheit in Vielfalt
Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/416

Vorlagen 13/337 und 13/399

2

Nach dem Bericht von Staatssekretär Fischer (MASQT) tritt der Ausschuss in eine umfassende Diskussion ein und kommt überein, dass die Fraktionen über den Weg des Ausschusse sekretariats innerhalb von sechs Wochen ihre Änderungswünsche austauschen mit dem Ziel, zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Darüber und über die eventuelle Durchführung einer Klausurtagung des Ausschusses zu diesem Thema soll im Obleutegespräch entschieden werden. Der Ausschuss beabsichtigt, die Beratung des Punktes noch vor der Sommerpause abzuschließen.

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Vorlagen 13/302 und 13/303

Einzelplan 15 – Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

(Abstimmungsergebnis siehe Beschlusstil)

2 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik – Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

Vorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki bezeichnet es als einen guten Brauch, dass vonseiten des federführenden Ministeriums zunächst ein Bericht abgegeben werde. Ihr sei mitgeteilt worden, dass das Ministerium Schwierigkeiten habe, für eine personelle Präsenz in diesem Ausschuss zu sorgen, weil parallel in vielen Ausschüssen über die oben genannte Thematik berichtet werde. Insofern sollte der Ausschuss zunächst einmal über ein Verfahren beraten. Sie schlage daher vor, dass die Fraktionen ihre jeweiligen Fragen zum Thema "Gender Mainstreaming" bis zur nächsten Sitzung über den Ausschussassistenten dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zuleiten, damit entsprechende Antworten in den Bericht aufgenommen werden könnten.

Da es gegenwärtig viele Fragen im Bereich der Frauenpolitik, etwa zu Migrationsangelegenheiten, gebe, sollte der Ausschuss sein Augenmerk stärker darauf richten.

Sicherlich gebe es diesbezüglichen Diskussionsbedarf, entgegnet **Jutta Appelt (CDU)**. Das betreffe aber nicht nur die Frauenförderung. Ihre Fraktion werte den Antrag ähnlich wie Frau Capune-Kitka in der Plenardebatte. Es sei wünschenswert, dass das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in seinem Bericht auch auf das traditionelle Rollen- und Familienverhalten in vielen Migrationsfamilien eingehe.